



Wären doch nur alle AKWs so süß und lecker!

### **Inhalt:**

- Kreismitgliederversammlung am Donnerstag, 14. Februar 2008
  - Verbraucherschutz in Europa
    - Stuttgart 21
  - Lärmschutz und Umweltzone
    - Sozialpolitik
  - Regionalplan 2020
    - und vieles mehr



Heft Nr.:

**81**

# Rundbrief

## Editorial



### Hallo Zusammen!

Ich glaube ja, dass wir in einer Übergangszeit leben. Zumindest hoffe ich es ganz stark – weil es so nicht weitergeht. Vielleicht erinnert ihr euch, wie der Referent auf

unserer Juli-KMV, Hans Hertle (IfEU-Institut Heidelberg) uns vorgerechnet hat, wie klein unser ökologischer Fußabdruck sein müsste, damit die Klimaschutzziele eingehalten werden können?

Übergangszeiten haben den Makel, dass der Wandel nicht schnell genug vonstatten geht, dass noch vieles Alte, Falsche auf den Weg gebracht wird, obwohl sich das Neue schon abzeichnet. Das lässt sich derzeit auch in Stuttgart studieren. Nach wie vor werden zu viele wertvolle Grünflächen bebaut, am liebsten mit Einfamilienhäusern. Trotz zurückgehendem Verkehr werden mächtige Tunnelbauten vorangetrieben. Obwohl gerade der Flugverkehr das Klima enorm schädigt, wird eine zweite Start- und Landebahn des Stuttgarter Flughafens gepusht. Und OB „Baggerbiss“ Schuster will uns „Stuttgart 21“ als grünes Projekt verkaufen. Wie kann denn ein Projekt, für das 33 km Tunnel gegraben werden müssen, bei dem 12 Millionen Kubikmeter Aushub anfallen, die quer durch die Republik zu Deponien gefahren werden müssen, auch nur ansatzweise als nachhaltig gelten?

Ihr seht: Noch viel zu viel altes Denken. Kein Sinn dafür, was uns Klimawandel und Ressourcenknappheit jetzt ansagen. Daher braucht Stuttgart uns Grüne. Und deswegen freut es mich, wenn Grüne in Plieningen gegen die zweite Startbahn aktiv werden, in Cannstatt gegen die Bebauung der Rommelshäuser Straße wettern und und und.

In diesem Jahr werden wir die Kommunalwahl 2009 vorbereiten. Den groben Fahrplan dahin haben wir in dieser Ausgabe abgedruckt. Ich wünsche uns für diesen Prozess mächtig viel Lust, alte Zöpfe abzuschneiden, neue Gedanken in die Stadt zu tragen und Stuttgart (noch) lebenswerter zu machen.

**Martin**

## Inhalt

Editorial	2
Einladung zur Mitgliederversammlung	3
Europa braucht eine wirksame Verbraucherschutzpolitik	4
Bürgerbeteiligung mit Folgen: Lärmminde- rungsplan	5
Mogelpackung Umweltzone	5
Stuttgart 21- Erfolgreich trotz Niederlage	6
Pack schlägt sich, Pack verträgt sich - nicht!	7
Sozialpolitik neu denken!	8
Regionalplan 2020	9
Frauenpolitische Erfolge im HH 08/09	10
Die „Neue“ in der Kreisgeschäftsstelle	11
Keine Bebauung der Rommelshäuser Str.	11
Keinen weiteren Flughafenausbau	12
Grüne Jugend: wir expandieren	12
Gründung des AK Soziales	13
Ortsverbände	14
Kontakte & Adressen	15
Termine & Veranstaltungen	16

## Impressum

### Rundbrief

Zeitschrift des Kreisverbands Stuttgart. Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.

**Herausgeber** BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Kreisverband Stuttgart  
Hermannstr. 5a  
70178 Stuttgart  
Tel: 0711-6159501  
Fax: 0711-6159503  
info@gruene-stuttgart.de  
www.gruene-stuttgart.de

**Bank-  
verbindung** Stuttgarter Volksbank  
BLZ: 60090100  
Konto-Nr.: 365674001

**Redaktion** Friederike Kaiser (ViSdP)  
Martin Steeb

**Redaktions-  
sitzungen** Die Sitzungen sind öffentlich,  
Interessierte herzlich willkommen!  
Termin auf Anfrage

**Druck** Druckerei Steinkopf  
Hermannstraße 5a, Stuttgart

**Ausgabe** Februar 2008

**Auflage** 650

**Bezug** Nichtmitglieder können den  
Rundbrief gegen ein Jahresentgelt  
von 16 Euro abonnieren.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht immer die Meinung der Redaktion bzw. des Kreisvorstandes wieder.

# Wie viel Verbraucherschutz braucht Europa?

## Einladung zur Kreismitgliederversammlung



### Liebe Freundinnen und Freunde,

„Reden wir doch mal über Europa“ - da kommt bei den Einen das Gähnen und bei den Anderen das Schimpfen auf die Bürokratie oder die Osterweiterung. Wir Grünen

haben uns bisher allen Europawahlkämpfen redlich bemüht, uns als europafreundlich, -interessiert und -kundig zu zeigen. Im Juni 2009 steht die nächste Europawahl an, und diesmal wird es vielleicht anders: Europa wird politischer. Bei interessierten Bürgern ist angekommen, dass die EU eine Ebene ist, auf der tagtäglich politische Entscheidungen getroffen werden. Sie betreffen uns oft unmittelbar oder sie geben einen Rahmen, innerhalb dessen gerade die Kommunalpolitik stattfindet, siehe Feinstaubrichtlinie. Die jüngste Entscheidung der Mehrheit des Europäischen Parlamentes, die Vorgaben der Kommission zu den CO2-Vorgaben für die Automobilindustrie zu verwässern, zeigt: Europa ist heute eine politische Ebene, (fast) wie alle anderen, auf der wir hart für unsere Grüne Sache kämpfen müssen – und das auch tun.

Heide Rühle führt als grüne MdEP und Mit-

glied u.a. im Binnenmarktausschuss diese Auseinandersetzungen für uns. Auf unserer Kreismitgliederversammlung wird sie mit uns und Dieter Zwernemann, Geschäftsführer für Recht und Steuern der IHK Region Stuttgart über Verbraucherpolitik diskutieren: Wie viel Verbraucherschutz brauchen die europäischen Bürgerinnen und Bürger? Wo sehen wir den Weg, auf dem die Verbraucher ohne zuviel bürokratischen Aufwand zu den Informationen kommen, die sie brauchen, um wirklich am Markt teilnehmen zu können? Was bedeutet das für die Wirtschaft? Und wie viel Verbraucherschutz bringt Europa eigentlich? Was wollen wir Grüne anders machen? Diese spannenden Fragen wollen wir gerne diskutieren. Zu Beginn unserer KVM werden wir uns natürlich zu Aktuellem austauschen, so auch zum Stand beim Thema Stuttgart 21. Und die Grüne Jugend wird ihren jüngst verschobenen Bericht zu ihren Aktionen und Schwerpunkten präsentieren.

Seid also hiermit herzlich eingeladen zur Kreismitgliederversammlung. Wir freuen uns auf Euer Kommen!

Für den Kreisvorstand

**Andrea Lindlohr**  
Kreisvorsitzende

PS: Wie immer findet vor der KVM unser Treffen für Neumitglieder und Interessierte ab 19:00 Uhr im Café Merlin statt.

**Tagesordnung der KVM am Donnerstag, 14.02.2008, im Merlin, Augustenstr. 72, ab 20.00 Uhr:**

- 1. Begrüßung, Aktuelles**
- 2. Wie viel Verbraucherschutz braucht Europa ?**
- 3. Was macht die Grüne Jugend ?**
- 4. Sonstiges**

## Der Fahrplan zum Wahljahr 2009

### Bundestagswahl 2009

Die Nominierungs-Versammlung des Kreisverbandes findet am 10. Juli 2008 statt. Die Landesliste wird am 11. und 12. Oktober in Schwäbisch Gmünd aufgestellt. Der nächste Bundestag wird voraussichtlich im Herbst 2009 gewählt.

### Kommunal- und Regionalwahl 2009

Nach der Sommerpause beginnen die Kommunalpolitischen Runden zur inhaltlichen Vorbereitung der Kommunal- und Regionalwahl. Zu Beginn des Jahres 2009 wählen wir unsere Kandidatinnen und Kandidaten für die Kommunal- und Regionalwahl und verabschieden das Kommunalwahlprogramm. Die Wahlen finden voraussichtlich im Juni 2009 statt.

### Europawahl 2009

Bereits während der Landesdelegiertenkonferenz am 11. und 12. Oktober werden die baden-württembergischen Kandidaten für die Bundesliste zur Europawahl nominiert. Die Bundesliste wird auf einer BDK im Januar 2009 aufgestellt. Gewählt wird mit der Kommunalwahl zusammen.

## Europa braucht eine wirksame Verbraucherpolitik Importe in den Binnenmarkt nehmen zu



Der Europäische Binnenmarkt hat uns eine enorme Vielfalt an Produkten und Dienstleistungen eröffnet. Im Jahr 2006 wurden Waren im Wert von 1350 Mrd. Euro nach Europa importiert – fast doppelt so viel,

wie noch 1999. Eine wirksame Verbraucherpolitik ist wichtiger denn je.

Gerade die Kleinsten sind von mangelhaften und unsicheren Produkten bedroht. Allein der Spielwarenhersteller Mattel musste 2007 weltweit über 25 Millionen Spielzeuge zurückrufen. Warnungen vor gesundheitsgefährdenden Spielwaren führen die Liste des EU-weiten Schnellwarnsystems RAPEX an. Insgesamt steigt die Zahl der Meldungen von gefährlichen oder unsicheren Produkten rapide. 2006 kamen 48% aller als unsicher gemeldeten Produkte aus China.

Ende 2007 forderte das Europäische Parlament die Kommission dazu auf, die Spielzeugrichtlinie zu überarbeiten. Diese legt derzeit fest, welche Mindestanforderungen ein Spielzeug erfüllen muss, um auf den europäischen Markt zu gelangen. Der überarbeitete Entwurf soll eine „höhere Produktsicherheit“ gewährleisten. Zudem soll die neue Richtlinie für Spielzeuge ein „bedingungsloses Verbot“ gefährlicher Chemikalien, wie krebserzeugender oder erbgutverändernder Stoffe, enthalten. Neben klaren Standards braucht es aber auch Regelungen zur Haftung der Importeure und entsprechende rechtliche Sanktionen auf Seiten der Mitgliedstaaten. Wer unsichere Verbraucherprodukte in die EU einführt, muss dafür konsequent zur Verantwortung gezogen werden.

### **Herkunftsbezeichnung einführen**

Leider ist eine verbindliche Herkunftsbezeichnung für Verbraucherprodukte in Europa noch immer nicht gesetzlich vorgeschrieben. Eine solche Verpflichtung zur Transparenz ist hingegen auf allen großen Weltmärkten rechtskräftig. Selbst in China dürfen Waren ohne den Hinweis „Made In“ nicht verkauft werden. Die Einführung der Pflicht des Herkunftszeichens

ist wichtig, um den Verbrauchern Transparenz zu garantieren und um betrügerische Angaben einzuschränken. So findet man auf dem europäischen Markt Produkte ohne jegliche Herkunftsangabe, aber auch Produkte, die aus rein kommerziellen Zwecken mit irreführenden Hinweisen in Bezug auf das wahre Produktionsland versehen sind. Bei 17 Prozent aller als gefährlich oder unsicher eingestuften Produkte war der Herstellungsort nicht feststellbar. Bisher blockierte der Rat – allen voran unsere Bundesregierung – diese Verordnung zur Ursprungskennzeichnung von Verbraucherprodukten.

### **Marktaufsicht ausbauen**

Ohne effektive Kontrollen bleiben strenge Vorschriften und Richtlinien nur zahme Papiertiger. „Eine staatliche Überwachung, die Verbraucher wirksam vor gefährlichen Produkten schützt, ist mit den derzeitigen Instrumenten nicht gewährleistet“, kritisierte unlängst der Bundesverband der Verbraucherzentralen. Die Marktaufsicht muss ausgebaut werden.

### **Ein Blick nach China**

Weit über die Hälfte der europäischen Spielwarenimporte kommt aus China. Dort muss in punkto Arbeitsbedingungen und Produktsicherheit noch viel getan werden. Immer wieder wird über massive Arbeitsrechtsverletzungen in chinesischen Produktionsstätten berichtet. Auch bei der Etablierung von Umweltstandards hat China Nachholbedarf. Doch hier stehen nicht allein die chinesischen Behörden und Unternehmer in der Verantwortung. Der Großteil der in China produzierten Produkte wird für den Export hergestellt. Solange Einkäufer, Importeure und Verbraucher vornehmlich den Preis und weder Qualität und Sicherheit eines Produktes, noch soziale und ökologische Standards im Blick haben, wird sich kaum etwas ändern.

Ein freiwilliges europäisches Gütesiegel für Produktsicherheit könnte nicht nur die Sicherheit der importierten Produkte besser garantieren. Bei entsprechenden Anforderungen könnte ein solches Europäisches Prüfzeichen dabei helfen, in Ländern wie China oder Indien bessere Arbeitsbedingungen und Umweltstandards zu etablieren.

**Heide Rühle, MdEP**

## Bürgerbeteiligung mit Folgen Gemeinderat setzt Zeichen gegen Lärm

Mit viel Aufwand und Brimborium soll erneut ein Aktionsplan erstellt werden. Diesmal zum Thema Lärm. Das ist gut so. Wir erinnern aber daran: Im Jahr 2004 wurde groß zur Diskussion über das Stadtentwicklungskonzept Stuttgart aufgerufen. Folgen hatte diese Diskussion wenige. Vom letzten Aktionsplan, dem Luftreinhalteplan, bleibt jetzt gerade die sogenannte Umweltzone übrig, ein bürokratisches Monster: viele Schilder, wenig Wirkung. Daher haben wir beantragt, dass der Gemeinderat gleich zu Beginn der Diskussion ein klares Zeichen seines politischen Willens setzt und erste Maßnahmen gegen die Lärmbelastung Stuttgarter Bürgerinnen und Bürger umsetzt. Weil, was kein Experte mehr anzweifelt, die günstigste und wirksamste Maßnahme zur Lärminderung die Reduktion des Tempos auf den innerstädtischen Straßen ist, fordern wir eine Geschwindigkeitsreduzierung auf den Stuttgarter Bundesstraßen auf durchgängig 50 km/h und auf den Autobahnstrecken auf 100 km/h.

Außerdem unterstützen wir die Absicht der Verwaltung, das derzeit bestehende Durchfahrverbot für Lkws aus Gründen des Lärmschutzes über den 1. März hinaus zu verlän-

gern. Und wir wollen, dass in mindestens zehn bewohnten Einfallstraßen, an denen Anwohner hohen Lärmbelastungen ausgesetzt sind, der Verkehr durch Einführung niedrigerer Höchstgeschwindigkeiten, durch Tempoanzeigen und -überwachungen nachhaltig verlangsamt wird. Dabei denken wir an Straßen wie die Robert-Mayer-Straße, die Immenhofer Straße, die Pischekstraße u.a.

**Die Grünen im Rathaus.**

Die Verwaltung wird im Februar in vier öffentlichen Bezirksbeiratssitzungen über die Lärmaktionsplanung informieren. Zwischen März und Mai sollen zehn Workshops stattfinden, an denen interessierte Bürger an der Aufstellung des Maßnahmenkonzepts für den Lärmaktionsplan mitarbeiten können. Zudem können alle Stuttgarterinnen und Stuttgarter ihre Vorschläge per E-Mail an das Amt für Umweltschutz senden ([laermminderungsplan@stuttgart.de](mailto:laermminderungsplan@stuttgart.de), Stichwort: Lärmaktionsplanung). Mischt euch ein! Und schickt uns eure Anliegen und Wünsche ebenfalls ([gruene.fraktion@stuttgart.de](mailto:gruene.fraktion@stuttgart.de)). Danke!

## Mogelpackung Umweltzone Schilderwald und Bürokratie

Im Jahr 2006 forderten wir Grünen noch, die Einführung der Umweltzone nicht zu verschieben. Warum jetzt Mogelpackung? Weil sich immer mehr zeigt: Die Umweltzone wird keine Wirkung mehr haben! Fahrverbote für Autos mit veralteter Abgastechnik werden immer weiter aufgeweicht. Lediglich 3,7 Prozent aller in Stuttgart zugelassenen Fahrzeuge werden keine Plakette erhalten. 90 Prozent dieser Alautos könnten nachgerüstet werden und würden dann auch eine Plakette erhalten. Wenn aber so gut wie alle Autos in die Umweltzone fahren dürfen, macht die ganze Aktion keinen Sinn! So diskreditiert man das Thema Umweltschutz, obwohl bei vielen Fahrzeughaltern Verständnis für Maßnahmen der Luftreinhaltung vorhanden ist.

Statt Schilderwälder und vor allem Bürokratie

zu erzeugen, sollten bei der TÜV-Untersuchung Fahrzeuge mit veralteter Technik aus dem Verkehr gezogen werden. Auf ähnliche Weise wurde bei Heizanlagen vorgegangen. Die Energieeinsparverordnung (EnEV) hatte vorgeschrieben, dass veraltete Heizungsanlagen spätestens Ende 2004 umgerüstet sein mussten. Dieses Verfahren hat gut funktioniert. Also aus diesen Erfahrungen lernen, keine neuen Umweltzonen mehr einrichten, stattdessen die Reduzierung der Schadstoffbelastung über den TÜV. Das wäre deutlich sinnvoller und effektiver. Die Landesregierung fordern wir auf, sich über eine Bundesratsinitiative für diese Lösung einzusetzen.

**Die Grünen im Rathaus.**

## Stuttgart 21 Erfolgreich trotz Niederlage



**Liebe Grüne,**

61.000 Stuttgarterinnen und Stuttgarter haben das Bürgerbegehren gegen Stuttgart 21 unterzeichnet. Herzlichen Dank an alle, die zu diesem phänomenalen Ergebnis beigetragen haben!

Die Wucht des Engagements hat uns begeistert. Unterstützung kam aus allen gesellschaftlichen Kreisen, vor allem auch den Kreisen, die den Grünen nicht immer wohlwogen sind. Alle Unterzeichner haben nicht mehr, aber auch nicht weniger als ihr demokratisches Recht eingefordert, über das größte Bauprojekt in der Geschichte der Stadt Stuttgart selbst entscheiden zu wollen. Für oder gegen Stuttgart 21 war gar nicht mehr die Frage: Sie wollen mitbestimmen, und zwar direkt, und das ist ihr gutes Recht.

15 lange Jahre war Stuttgart 21 ein Plan, unterlegt mit vielen Absichtserklärungen. Mehr nicht. Erst als die Steuergelder wieder sprudelten und Ministerpräsident Oettinger nach der völlig verunglückten Trauerrede für Ministerpräsident Filbinger wie der dicke Maxe mit den Millionen wedelte, ist das Projekt wieder in die Nähe der Realisierung gerückt. Genau deshalb war der 4. Oktober und die Zustimmung zum Memorandum die Grundsatzentscheidung – oder wie der Oberbürgermeister selbst gesagt hat, die zentrale Weichenstellung. Selbst die städtischen Gutachter wunden sich bei diesem Punkt. Darum gehen auch Vorhaltungen wie „Warum habt ihr das Bürgerbegehren nicht früher gestartet“ fehl: Erst die Zustimmung zum Memorandum schaffte einen Ansatzpunkt für das Bürgerbegehren.

### **Widerspruch wird eingelegt**

OB Schuster hat uns jetzt auf den juristischen Weg gezwungen. Wir werden Widerspruch beim Regierungspräsidium einlegen, eine von uns beauftragte Kanzlei arbeitet derzeit an der Widerspruchsbegründung. Trotz den für teures städtisches Geld bestellten Gutachten sind wir optimistisch. Bereits das von der grünen Gemeinderatsfraktion erstellte Kurzgutachten

hatte dargelegt, dass der Gemeinderatsbeschluss über das Memorandum of Understanding am 04.10.2007 als die zentrale Voraussetzung zur Realisierung von Stuttgart 21 zu werten ist und dass zu diesem Zeitpunkt – also vor Vollzug des Gemeinderatsbeschlusses durch OB Schusters Unterzeichnung der Vereinbarung – ein Bürgerbegehren gegen den Abschluss der Ergänzungsvereinbarung zulässig gewesen wäre. Zudem wird dort festgestellt, dass der OB durch seine – nicht durch einen sachlichen Grund gerechtfertigte – Unterschrift am 5. Oktober 2007 sich treuwidrig verhalten und gegen den Geist der Gemeindeordnung verstoßen hat.

### **OB Schuster**

OB Schuster macht eine ganz schlechte Figur. Wir hatten am 4. Oktober beantragt, über die Zustimmung zum Projekt Stuttgart 21 einen Bürgerentscheid durchzuführen. OB Schuster hat mit der Mehrheit des Gemeinderats die Abstimmung darüber erst gar nicht zugelassen. Er hat also einen rechtlich unumstrittenen Bürgerentscheid verhindert.

Statt dessen hat er das sogenannte „Memorandum of Understanding“ zur Abstimmung gestellt. Und er war sich nicht zu schade, trotz gestartetem Bürgerbegehren gleich am nächsten Tag seine Unterschrift unter die Verträge mit Land und Region zu setzen. Er hat sogar eiskalt zum Fototermin eingeladen. So kalt-schnäuzig agiert nur, wer die Zustimmung der Bürger gar nicht mehr will und braucht.

Er hat dann Mitte Dezember alle anderen Fraktionen über die Ergebnisse der von der Stadt beauftragten Gutachter informiert, die Grünen hat er einfach ausgeschlossen. Mit einer Million Steuergeldern finanziert er eine Werbekampagne, die alles tut außer sachlich zu argumentieren. Wir wären gerne mit ihm in den Wettstreit der Argumente getreten, auch ohne Geld. Denn unsere Alternative war und ist besser.

Er bricht frühere Zusagen, und er versucht, gegen das Rumoren in der Stuttgarter Bevölkerung Pfarrer und Rektoren vor den Wagen zu spannen. Vor allem Rektoren, die sich gar nicht wehren können. Spannend und lohnend wären Diskussionen in Schulklassen über beide Varianten gewesen.

Anstatt das eindrucksvolle Votum der Bürge-

rinnen und Bürger ernst zu nehmen, unterhöhlt OB Schuster so die größte demokratische Meinungs- und Willensäußerung der Stuttgarterinnen und Stuttgarter. Damit leistet er seinen großen Beitrag zur Politikverdrossenheit.

Noch ist längst nicht alles verhandelt, geschweige denn genehmigt. Die Panne mit

dem Filderbahnhof zeigt, auf welche Überraschungen wir uns noch gefasst machen müssen. Kein Vertrag kann nicht wieder aufgelöst werden. Erst recht nicht einer, der noch gar nicht ausverhandelt ist.

**Werner Wölfle**

Vorsitzender der Gemeinderatsfraktion

## Pack schlägt sich, Pack verträgt sich – nicht! Wie sich die große Koalition derzeit präsentiert



Große Reformen in Wirtschafts- und Sozialpolitik waren angekündigt. Groß an dieser Koalition sind jedoch nur die Mäuler derjenigen, die zwecks Profilierung der eigenen Hälfte zulangen: „Die kann mich

mal.“ (SPD-Fraktionschef Struck an die CDU/CSU) Das klingt eindrucksvoll, trägt aber nicht zur Politikfindung bei. Und die gewichtige Mitteilung „Ich vertraue Frau Schmidt nicht mehr“ (CSU-Vize Zöllner über die Gesundheitsministerin) gibt Einblick in Seelenzustände – einer ordentlichen Pflegereform sind wir dadurch keinen Schritt näher. Bahnreform gescheitert, Streit über Mindestlohn, Unternehmenssteuerreform, Gesundheitsfonds, Präventionsgesetz ...

Regiert wird nicht mehr – nach den Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen (27. Januar), Hamburg (24. Februar) und der Kommunalwahl in Bayern (2. März) mögen die Töne zwar wieder leiser werden. Der Wille aber, gemeinsame politische Leitlinien zu entwickeln und in Projekte umzusetzen, wird auch danach bei den Beteiligten nicht mehr wachsen; anderthalb Jahre vor der nächsten Wahl ist diese Bundesregierung mit ihrem Latein am Ende.

Beste Zeiten also für eine grüne Opposition? Nicht ganz. Das laute Politiktheater zwischen den „großen“ Parteien zieht viel Aufmerksamkeit auf sich und drückt die „kleinen“ an den Rand der Wahrnehmung. Die zeitweise wenig ermutigenden Umfrageergebnisse für die Grünen in den wahlkampfaktiven Ländern geben davon Zeugnis. Wenn sich zwei schon über Jugendstrafrecht oder Mindestlohn zof-

fen, ist der Platz in den Medien gefüllt. Hinzu kommt, dass die Kanzlerin sich häufig den Niederungen politischer Kontroversen entzieht und ihr Handlungsfeld in symbolischen Aktionen sieht. Damit untererfüllt sie zwar ihre Rolle, aber gerade in unserer Anhängerschaft ist „Merkel auf der Eisscholle“ oder „Merkel mit dem Dalai Lama“ eine Zeichensetzung, die ihr Punkte bringt. Wir müssen also daran arbeiten, unsere Politik für Klimaschutz, Verbraucherschutz als Bürgerrecht, Solidarität und Wettbewerb im Gesundheitswesen in einfache Botschaften und symbolhafte Bilder zu packen. Und diese Botschaften personalisieren – Joschka ist Vergangenheit, für die nächste Wahl muss die Partei sich auf eine Spitzenkandidatur verständigen.

**Biggi Bender, MdB**

### Glückwunsch von Bundestagspräsident Norbert Lammert:

„Lieber Peter, ich empfinde es als Ausdruck des Respekts und der Einsicht, dass die guten Wünsche des ganzen Hauses nicht mit dem Kommentar „Die können mich mal!“ zurückgewiesen werden.“

(Glückwunsch von Bundestagspräsident Norbert Lammert, CDU, am Donnerstag im Bundestag zum 65. Geburtstag von SPD-Fraktionschef Peter Struck – in Anspielung auf dessen verärgert Äußerung an die Adresse der Union: „Die kann mich mal!“)

## Sozialpolitik neu denken! Mehr in soziale Infrastruktur investieren



Es ist doch paradox – Deutschland ist eines der reichsten Länder der Welt und verteilt einen großen Teil seines Sozialproduktes um, doch die Klage, dass unser Sozialsystem ungerecht sei, ist in aller Munde. Dies ist ein Indiz dafür, dass die Quantität der staatlich organisierten Umverteilung noch nichts über die Qualität des Sozialstaates aussagt. Der deutsche Sozialstaat zeichnet sich im internationalen Vergleich durch eine hohe Sozialtransferlastigkeit bei gleichzeitiger Dienstleistungsschwäche aus. Die vergleichende Wohlfahrts- und Armutsforschung weist nach, dass Staaten mit einer ausgeprägten sozialen Infrastruktur, d. h. einem dichten Netz an sozialen Dienstleistungen, im Hinblick auf z. B. Armutsverhinderung, Arbeitsmarktintegration und soziale Teilhabe, erfolgreicher sind. Die Infrastrukturschwäche des deutschen Sozialstaates zeigt sich insbesondere im Bereich der Familienpolitik. Im Vergleich zu vielen anderen EU-Staaten überwiegen in Deutschland die Barleistungen für Familien. Aktuell bestehen 71 Prozent der Leistungen für Familien aus Kindergeld, Erziehungsgeld sowie anderen Transfers und 29 Prozent aus Sachleistungen wie z. B. den öffentlichen Aufwendungen für Kinderbetreuungseinrichtungen. Ganz anders verhält es sich in Dänemark und Schweden – in beiden Staaten fallen 70 Prozent der Aufwendungen für Familien auf Sachleistungen. Familienpolitisch erfolgreiche Staaten investieren in Strukturen, in Betreuungs- und Bil-

dungsangebote, in Beratungsstellen und in soziale Netzwerke, weniger in Transfers. Und zeichnen sich durch eine größere Armutsfestigkeit aus.

Wie kann Baden-Württemberg die soziale Infrastruktur zukunftsfest gestalten? Dies natürlich unter der Maßgabe unserer Leitlinien Nachhaltigkeit, Teilhabegerechtigkeit, Geschlechtergerechtigkeit und Generationengerechtigkeit. Die kinderfreundliche Gestaltung der Lebensumfelder muss im Mittelpunkt stehen. Diese kann erreicht werden durch einen frühen und gerechten Zugang zu altersgerechten Bildungsangeboten, durch die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Väter und Mütter, und vor allen Dingen durch einen ausreichenden Schutz von Kindern vor Vernachlässigung und Gewalt. Wenn Baden-Württemberg tatsächlich das kinder- und familienfreundliche Land werden soll, als das es schon jetzt von der Landesregierung dargestellt wird, muss die Förderung von Familien ab sofort eine zentrale Bedeutung einnehmen. Es gilt, sofort Prioritäten zu setzen und sich auf die Bereiche zu konzentrieren, in denen der größte Handlungsbedarf besteht. Dazu gehören vordringlich Ausbau und Qualitätsverbesserung der Kinderbetreuung und Maßnahmen zur Vermeidung und Bekämpfung von Armut. Die hierzu von Bundes- und Landesregierung vorgeschlagenen Mittel Bildungsgutschein oder Betreuungsgeld sind aber der falsche Weg. Statt Bildungsgutscheinen brauchen wir aufsuchende Dienste. Und die 2,7 Milliarden Euro für das Betreuungsgeld sind in der Unterstützung der Angebote für den Ausbau der Kleinkindbetreuung wesentlich besser aufgehoben.

**Brigitte Lösch, MdL**

### Grüne Lebenspartnerschaft kommt ins 7. Jahr Frühjahrempfang der Grünen Landtagsfraktion

Die eingetragene Lebenspartnerschaft feiert das 7. Jahr ihres Bestehens. Sie hat die gesellschaftliche Akzeptanz der lesbischen BürgerInnen und schwulen Bürger deutlich erhöht, wobei die Gleichstellung in den einzelnen Bundesländern sehr unterschiedlich ist. In Baden Württemberg rührt die FDP als Regierungspartei in dieser Sache keinen Finger, während sie im Bundestag verbal vehement dafür eintritt. Ein Grund mehr für uns, darüber zu sprechen – mit Brigitte Lösch, MdL, Volker Beck, MdB u.a. und dem Stuttgarter Chor „Rosa Note“.

**Freitag, den 14. März 2008. Beginn 18:00 Uhr**  
**Foyer, Haus der Abgeordneten, Konrad-Adenauer-Str. 12, S-Mitte**

## Regionalplan 2020

Jetzt die richtigen Weichen stellen!



Das klare Ziel des Regionalplans ist es, die Region Stuttgart vorausschauend, sorgsam und verantwortungsbewusst zu entwickeln. Dabei müssen übergeordnete Themen wie demografischer Wandel, Globalisie-

rung, Klimawandel oder Flächenverbrauch berücksichtigt werden. Angesichts wechselnder Herausforderungen und veränderter Rahmenbedingungen wird der Regionalplan alle 10 – 15 Jahre in einem dreistufigen Verfahren „fortgeschrieben“. Gerade abgeschlossen wurde die Stufe II, der Satzungsbeschluss erfolgt Anfang 2009.

### **Demographischer Wandel und Flächenverbrauch:**

Nach den bisherigen Beratungen basiert die Fortschreibung auf einer Einwohnerzahl von 2,7 Mio. im Jahr 2025. Entsprechend überhöht ist der prognostizierte Flächenbedarf. 2,6 Mio. Einwohner hatte das renommierte Pestel-Institut berechnet. In der Vergangenheit hat die Annahme, allein das Flächenangebot führe automatisch zu Arbeitsplätzen und Beschäftigung, zu übermäßigen Flächenausweisungen geführt. Gewerbe- und Wohngebiete liegen nun tatsächlich wie Sauerbier im Vorratsregal. Mit 2000 ha innerstädtischen und weiteren 5000 ha rechtskräftig ausgewiesenen Bauflächen hat die Region genügend Reserven. Die-

se Flächen müssen vorrangig ausgeschöpft werden, bevor es zu Neuausweisungen kommt. Wenn auf dem Land die meisten Kommunen noch immer auf den Zuzug der vielen jungen Familien hoffen, die es so nicht mehr geben wird, dann muss eine verantwortliche Regionalplanung solche Wohngebiete verhindern. Nötig wird die behutsame Anpassung der Infrastruktur an die schwindende Bevölkerung vor allem im ländlichen Raum - was jedoch nicht auf Kosten der Nah- und Eigenversorgung der kleinen Kommunen gehen darf.

### **Wirtschaftliche Entwicklung**

Wir wollen, dass eine nachhaltige Regionalplanung die Basis bleibt für die Strategien der Wirtschaftsregion und sich das Verhältnis nicht umkehrt. Deshalb haben wir Grünen kein Verständnis für die starke ökonomische Ausrichtung des Regionalplanentwurfs, was sich gerade auch in der Hoffnung auf technologische Großprojekte zeigt. Wir sehen andere ökonomische Entwicklungsperspektiven, etwa die Stärkung von Kompetenzzentren im Bereich Gesundheit, Wellness, Pflege oder mögliche neue Arbeitsplätze im engagierten Klimaschutz. Bei solchen Schwerpunktsetzungen ist auch die Zwangsläufigkeit der Flächenzunahme pro Arbeitsplatz nicht mehr gegeben. In den kommenden Jahren werden die technologischen Verbesserungen im Anlagenbau von Photovoltaikanlagen, Windanlagen oder Biomassenutzung rasant fortschreiten. Für uns sind Windkraft-Standorte genauso erweiterbar wie auch Flächen für Photovoltaik.



## Mobilität

Die Region Stuttgart als Mobilitätsregion weiter zu entwickeln ist für uns ein wichtiges Ziel. Modal-Split zugunsten eines regionalen ÖPNV heißt eindeutig S-Bahn. Und es heißt auch, dass die Tarifstruktur so benutzerfreundlich wird und bezahlbar bleibt, dass der Umstieg gelingen kann. Wir Grüne fordern, die Überarbeitung des Regionalplans auch auf den Regionalverkehrsplan auszuweiten. Es reicht nicht aus, wie von der Regionalverwaltung vorgesehen, die Bestandsdaten und Verkehrsprognosen zu aktualisieren, sondern es müssen auch alte Projekte auf den Prüfstand. Ohne Anpassung der Datenlage und Überprüfung der daraus abgeleiteten Projekte wird der Regionalverkehrsplan - und infolge dessen auch der Regionalplan - zum regionalpolitischen Wunschkatalog degradiert. Stuttgart 21 ist für uns allerdings keine Chance, sondern Gefahr für den übrigen ÖPNV in der Region und im ganzen Land und deshalb könnte für uns der ganze Abschnitt dazu aus dem Regionalplan gestrichen werden.

## Grüne Infrastruktur

Unsere Fraktion begrüßt, dass der „Landschaftspark“ in die Regionalplanung aufgenommen wurde. Dessen Ziel, die Charakteristika der vielfältigen Landschaftsräume wie Albtrauf, Schurwald oder Neckartal nicht nur zu erhalten, sondern verstärkt erlebbar zu machen, unterstützen wir, ebenso wie einen sparsamen Umgang mit den verbliebenen Flächen. Durch die Ausweisung von Grünzügen und Grünzäsuren sollen Freiflächen vor Bebauung geschützt und ein zusammenhängendes Netz von Freiräumen für Mensch und Natur geschaffen werden. Das ist mehr als notwendig, denn während die Bevölkerung in der Region Stuttgart zwischen 1965 und 2006 um 25 Prozent gewachsen ist, haben im gleichen Zeitraum die Flächen für Wohnungen, Gewerbe und Straßen um 90 Prozent zugelegt.

**Margit Riedinger,**  
Regionalrätin

## Unsere frauenpolitischen Erfolge können sich sehen lassen Doppelhaushalt 2008/2009 der Stadt



### 1. Keine Gewalt gegen Frauen

Die Stuttgarter Ordnungspartnerschaft gegen häusliche Gewalt konnte in diesem Doppelhaushalt nun dauerhaft mit rund

100.000 Euro für

Täterberatung und therapeutischen Gruppen für Kinder abgesichert werden. Die beiden Frauenhäuser erhalten einen höheren Stellenanteil für ihre Hausorganisationen. Die Beratung und Information für Frauen (Bif) kann sich räumlich und personell verbessern. Und das FrauenInformationsZentrum FIZ muss seine Arbeit für die Opfer von Menschenhandel wegen auslaufender Projektmittel der „Aktion Mensch“ nicht von 100 auf Null zurückfahren, sondern kann noch zwei Jahre mit einer 50-Prozent-Stelle weitermachen.

### 2. Einkommenssicherung

Unserem Antrag auf Stellenhebungen (wenn

BeamtInnen zwar die Tätigkeit ihrer höher bewerteten Stelle ausführen, aber gehaltsmäßig noch auf ihrer geringer dotierten Stelle arbeiten) wurde bei 18 Stellen entsprochen. Besonders wichtig ist das bei der untersten Eingruppierung: Von A 7 nach A 8 sind das acht Stellen beim Amt für öffentliche Ordnung und vier Stellen beim Jugendamt. Allerdings gibt es insgesamt 117 solcher Stellen!

### 3. Vereinbarkeit Beruf und Familie

Die Weiterführung und Ausweitung des Wiedereinsteigerinnenpools bis zu einem Beschäftigungsumfang von 15 Vollzeitkräften (in unterschiedlichen Entgelt-/Besoldungsgruppen) bei allen Ämtern der Stadt zur Verbesserung des beruflichen Wiedereinstiegs während oder nach der Familienphase haben wir komplett durchgekriegt!

Insgesamt sind wir mit unseren Anträgen dieses Mal zwar auf große Zustimmung gestoßen, aber auch in Zukunft wird uns die politische Arbeit für mehr Chancengerechtigkeit für Frauen nicht ausgehen!

**Silvia Fischer**  
Stadträtin

## Die „Neue“

### Kreisgeschäftsstelle wieder besetzt



#### Hallo Miteinander!

Mein Name ist Anna Deparnay-Grunenberg und ich freue mich über meine neue Tätigkeit als Geschäftsführerin der Grünen in Stuttgart. Was ich daran spannend finde, ist, interessante Men-

schen (Euch!) zu treffen und kennenzulernen, sowie konstruktiven Ideen zu begreifen. Seit sechs Jahren sind mein Mann und ich Wahl-Stuttgarter und haben in dieser Zeit drei Kinder in die Welt gesetzt – also kann Stuttgart doch nicht so kinderunfreundlich sein! Ich bin ein sehr naturverbundener Mensch. Ich liebe Berge, Tiefschnee, Felsen, Wälder und unberührte Landschaften. Ich bin aber auch ein sozialer Mensch und brauche Kultur. So genieße ich es in Vaihingen-Dachswald, sowohl mit meinen Kindern unmittelbar vor der Tür im Wald spielen gehen zu können, als auch mit dem Nachtbus 14 Minuten von der Stadtmitte entfernt zu sein.

Kurz zu meinem Werdegang: Als Tochter einer Französin und einem Deutsch-Schweizer bin ich am 5. Juni 1976 in Berlin geboren. Von meinem siebten bis zu meinem 20-ten Lebensjahr lebte ich in Frankreich (in allen Gebirgen!). Dann studierte ich Forst- und Umweltwissenschaften in Freiburg i. Br. und in Vancouver. 2002 absolvierte ich meine Diplomarbeit am Haus des Waldes in Degerloch zum Thema „Nachhaltigkeit“. Danach arbeitete ich an einem Umweltbildungsprojekt an der Akademie für Umwelt und Naturschutz in Stuttgart. Zwischen 2003 und 2007 wurde ich Mutter von Emil, Klara und Liselotte und widmete mich ganz dieser umfassenden neuen Rolle. Durch mein ehrenamtliches Engagement an der Jugendfarm Elsental hatte ich Lust, wieder im grünen Bereich tätig zu werden, und so übernahm ich mit Freude Anfang Januar die Geschäftsführung des Kreisverbands Stuttgart. Ich sehe mich als Ansprechpartnerin für Eure verschiedensten Anliegen und hoffe, ihr scheut Euch nicht, mit mir Kontakt aufzunehmen! Bis bald (zum Beispiel auf der nächsten KMV)!

**Anna Deparnay-Grunenberg**

## Wir expandieren

### Die Grüne Jugend in der Ludwigsburger Fußgängerzone

Wenn an einem Samstag die Sonne scheint und die Grüne Jugend kartonweise Zeug für eine Aktion gepackt hat, dann kann uns eine Stadt Stuttgart nicht aufhalten, nur weil sie mit Standgenehmigungen knausert. So haben wir uns also eine Erlaubnis für die Ludwigsburger Fußgängerzone besorgt und unseren Stand dort aufgebaut.

Nachdem Tisch, Schirm und Banner am richtigen Platz waren, wurden dann die AKWs zum Aufessen gebastelt und zusammen mit jeder Menge Ökostrom-Flyern unter die Leute gebracht. Erst als die regenerative Sonnenenergie den Reaktoren (bestehend aus einem Schokokuss) nach gut fünf Stunden keine Chance mehr ließ, bauten wir ab, um wieder Richtung S-Bahn aufzubrechen. Nebenbei bemerkt muss man sich als JunggrüneR allerdings auch wohlbedacht auf den Samstagabend vorbereiten.

Als Auswärtsspiel kann man unseren kleinen Ausflug übrigens trotzdem nicht bezeichnen – unsere MitgliederInnen kommen nämlich sowieso aus jedem Winkel, von dem aus Stuttgart mit der S-Bahn erreichbar ist.

**Bastian Witte**

#### GRÜN rockt - Zum neunten Mal...

Alle Jahre wieder heißt es „GRÜN Rockt“. Denn einmal im Jahr veranstaltet die Grüne Jugend eine grandiose Party mit Live Bands und guter Stimmung. Im letztes Jahr im Zwölfzahn füllten 300 Besucher auch den letzten Winkel des Clubs „Zwölfzahn“. Dieses Jahr findet die Party am 12. März in der Röhre statt. Es spielen unter anderem die Band „Triade“. Die Grüne Jugend freut sich auf Euer Kommen!

**Nico Herden**

## Keinen weiteren Flughafenausbau! Das Plieninger Aktionsbündnis hat sich formiert



Nach Vorstellung der ersten Pläne zum Ausbau des Flughafens durch eine zweite Startbahn hat sich Ende 2007 in Plieningen und Birkach ein lokales, parteiübergreifendes Aktionsbündnis konstituiert. Neben den Ortsverbänden von uns Grünen, der SPD und der FDP haben sich etliche Vereine und andere Gruppierungen angeschlossen, um mit der Schutzgemeinschaft Filder den Widerstand im Ort zu bündeln. Am Freitag, den 18. Januar gab es eine erste Veranstaltung mit Steffen Siegel (Sprecher der SG Filder) als Referent. Er hat mit seinem fundierten Wissen viele Menschen im überfüllten Saal aufgerüttelt. Egal ob Nord- oder Südvariante, eine zweite Startbahn würde bis direkt an die Wohnbebauung der betroffenen Ortsteile heranreichen und damit eine ganz ande-

re Beeinträchtigung darstellen als der bestehende Flughafen. Entscheidende Bedeutung kommt auch der geplanten Verkürzung des Nachtflugverbotes von 6 Uhr morgens auf 5 Uhr zu. Die Auswertung der Flugbewegungen zeigt nämlich klar, dass derzeit ein echter Engpass hauptsächlich in den frühen Morgenstunden besteht. Da starten aber im Wesentlichen die Touristenflieger in die Urlaubsregionen und nicht die Geschäftsleute. An diesem Engpass wird zudem eine zweite Startbahn wenig ändern, da ein simultaner Startbetrieb wegen des geringen Abstandes nur begrenzt möglich sein wird. Selbst das Gutachten der Flughafengesellschaft sagt, dass der bestehende Flughafen noch eine Steigerung der Passagierzahlen um ca. 40 Prozent ermöglicht, aber man hätte halt gerne 100 Prozent. Und hat schon mal jemand was von Flugbenzinbesteuerung, Klimaveränderung, Rohstoffverknappung, Flächenversiegelung ... gehört?

**Uli Träger**

Ortsverbandssprecher Plieningen / Birkach

## Flächennutzungsplanänderung Keine Bebauung der Rommelshäuser Straße



Entlang der Rommelshäuser und der oberen Nürnberger Straße beginnen die Freiflächen Lerchenheide und Espan. Beide Freiflächen werden zur Naherholung genutzt. Auf ihnen bildet sich nachts Kaltluft, die die tiefer gelegenen Gebiete Bad Cannstatts mit Frischluft versorgt. Die Frischluftversorgung über die Hänge ist für den Stadtteil wichtig, der aufgrund seiner Lage doppelt benachteiligt ist: Zum einen wird das Nesembachtal zum Neckar hin entlüftet, Bad Cannstatt erhält also die über Stuttgart bereits hinweggegangene Luft. Zum anderen funktioniert die Entlüftung über das Neckartal aus Richtung Esslingen nicht optimal, da dieses am Neckarknie abknickt. Der bisherige Flächennutzungsplan sieht ent-

lang der Rommelshäuser Straße keine weitere Bebauung und im Gegenteil die Freilegung des verdohlnen Kienbachs vor. Im November 2007 beantragten die CDU und die Freien Wähler die Bebauung der gesamte Randstreifen der unteren Rommelshäuser Straße zu überprüfen. Eine Bebauung an dieser Stelle reißt die Latte der Umweltverträglichkeitsprüfung mehrfach. Bei den Kriterien Natur, Boden, Wasser, Luft, Klima und Landschaft sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. Eine Vielzahl von Bürgern, insbesondere auch aus den dicht bebauten Quartieren Bad Cannstatts, nutzt die Freifläche für Spaziergänge und zum Erleben von Natur. Gänzlich verpönt ist es, von den finanziellen Interessen der Grundstückseigentümer im Gebiet zu sprechen, denen die beabsichtigte Umwandlung von Wiese in Bauland wie ein Geschenk des Himmels vorkommen muss.

**Andrea Münch**  
Stadträtin

# Soziale Gerechtigkeit in Stuttgart

## Gründung eines Arbeitskreises Soziales

Die hinter uns liegenden Haushaltsberatungen haben wieder die Frage nach der Ausgewogenheit bei der Verteilung öffentlicher Gelder aufgezeigt. Wie wird das vorhandene Geld auf die verschiedenen Haushalte verteilt? Ist das kulturelle Angebot höher zu bewerten als das soziale Wohlbefinden der Menschen in dieser Stadt? Brauchen wir Prestigeobjekte, solange noch viele Menschen in Stuttgart in Armut leben? Diese Fragen sollten zum Nachdenken anregen, auch wenn sie häufig in der Nähe von Populismus diskutiert werden. Das Grundgesetz definiert keine sozialen Rechte. Hingegen gibt es vor, dass jeder Mensch durch Eigenverantwortung und Selbstbestimmung sein Leben frei gestalten können soll und beauftragt die Politik, den Sozialstaat angemessen zu gestalten und für soziale Gerechtigkeit zu sorgen. Hier leiten wir als (Kommunal-)PolitikerInnen unseren Auftrag ab. Soziale Gerechtigkeit müssen wir definieren, das nimmt uns niemand ab. Die Erfahrungen und Sichtweisen der Betroffenen, der Leistungserbringer und Kostenträger gehen nach Interessenlage oft weit auseinander. Um Antworten näher zu treten, habe ich im Auftrag der Fraktion zu diesem Thema eine Zukunftskonferenz ‚Soziale Gerechtigkeit in Stuttgart‘ durchgeführt. 42 TeilnehmerInnen aus unterschiedlichen Bereichen haben zwei Nachmittage und Abende diskutiert. Grob umrissen ergab sich das folgende Bild: In den 80-er Jahren wurde die Sozialpolitik als Versorgungsidylle gesehen. Mit gut gefüllten öffentlichen Kassen konnten viele Angebote kreiert und installiert werden, Ende der 90-er wurde das Geld knapper, es begann die erste Haushaltskonsolidierung, der hohe Standard konnte vielfach nicht gehalten werden, einer Ökonomisierung der sozialen Arbeit wurde immer mehr Gewicht gegeben. Neue Angebote mussten durch Umverteilung finanziert werden. Dabei nahmen Armut, Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit, Sucht und psychische Probleme sowie Gewalt zu. Bei den das soziale Leben beeinflussenden externen Trends fiel das Hauptaugenmerk auf die demographische Entwicklung, Auflösung der familiären Strukturen,

zunehmenden Bedeutungsverlust der wertgebenden Institutionen, Exklusion von Bevölkerungsgruppen, Verschiebungen auf dem Arbeitsmarkt, den zunehmenden ordnungspolitischen Lösungsansatz von sozialen Problemen.

Auf diese Trends wurden Antworten gesucht, es wurde eine Vision der sozialgerechten Stadt 2017 entworfen und darüber nachgedacht, wie man sie schrittweise umsetzen könnte. Es ergab sich am Ende folgende Reihenfolge von Forderungen: Kinder- und familiengerechte Stadt, Armutsbekämpfung, Gesundheitsförderung, Gewalteinämmung, vernetzte Bildungskonzepte, Wertediskussion, bezahlbarer Wohnraum, Förderung des Ehrenamtes, Evaluation und Finanzierung sozialer Leistungen, Stärkung des Miteinander der Generationen. Zu den Forderungen wurden bereits viele Maßnahmen vorgeschlagen.

Über deren Umsetzung möchte ich mit Interessierten in einem Arbeitskreis weiter diskutieren. Der AK ist offen für alle, die an der Vertiefung sozialer Themen mit der Grünen Gemeinderatsfraktion Interesse haben und gemeinsam an Problemlösungen arbeiten wollen. Dabei kann ich mir auch eine themenbezogene temporäre Mitarbeit vorstellen.

An diesem Termin wollen wir die Ergebnisse der Zukunftskonferenz noch einmal Revue passieren lassen und einen Arbeitsplan zur Abarbeitung einzelner Themen entwerfen.

**Ursula Marx**  
Stadträtin

**Zu der ersten Sitzung lade ich Sie/Euch herzlich ein: Mittwoch, 12. März 2008 um 19 Uhr im Raum 34 im Rathaus. Ich freue mich auf Ihr/Euer Kommen!**



## Ortsverbände Kontakte und OV-Treffen

### Birkach/Plieningen

OV-Sprecher: Uli Träger  
Steinwaldstr. 54 A, 70599 Stuttgart  
Telefon 0711-4560502  
Fax: 0711-4560513  
mail: traeger@visuelle-gestaltungen.de

### Botnang

OV-Sprecher: Thomas Dengler  
Sommerhaldenstr. 72 a, 70195 Stuttgart  
Telefon 0711-6405354  
mail: mail@tdengler.de

### Cannstatt

OV-Sprecherin: Andrea Münch  
Hofener Str. 66, 70372 Stuttgart  
Telefon 0711-8826301  
mail: andrea.muench@web.de

Der OV trifft sich idR jeden 3. Freitag im Monat,  
19.30 Uhr im „Café Zebra“, Wilhelmstraße 10

### Degerloch

OV-Sprecherin: Ingrid Fischer  
Hoffeldstr. 251, 70597 Stuttgart  
Telefon 0711-41452781  
mail: if.fischer@arcor.de

Der OV trifft sich regelmäßig - nach Absprache. Termine  
und Ort bitte bei der Sprecherin erfragen.

### Feuerbach

OV-Sprecher: Reiner Götz  
Thomas-Mann-Str. 71, 70469 Stuttgart  
Telefon 0711-857278  
mail: feurg@n.zgs.de

### Mitte

OV-Sprecher: Andreas Bühler  
(Andi.Stuttgart@gmx.net)  
Nico Herden  
nico@gj-stuttgart.de  
Dennis Neuendorf  
dennisneuendorf@gmail.com

Nikolausstr. 6  
70190 Stuttgart

Trifft sich unregelmäßig - nach Absprache. Termine und  
Ort bitte bei den Sprechern erfragen.

### Möhringen

OV-Sprecher: Nikolaus Tschenk  
Anna-Peters-Str. 23, 70597 Stuttgart  
Telefon 0711-764829  
n.tschenk@web.de

Der OV trifft sich idR. jeden 2. Dienstag im Monat,  
20.00 Uhr, im Bürgertreff am Oberdorf-Platz

### Nord

OV-Sprecher: Henning Schürig  
Wiederholdstraße 12, 70174 Stuttgart  
0711-1229953  
henning.schuerig@gruene.de  
Irmela Neipp-Gereke, BZB-Sprecherin  
irmela.neipp-gereke@gruene-stuttgart.de

Der OV trifft sich unregelmäßig im Naturfreundehaus  
Steinbergle, Stresemannstr. 6, Termine bei Henning erfragen.

### Ost

OV-Sprecher: Roland Hartmann  
Pischekstr. 27, 70184 Stuttgart  
Telefon 0711-245367  
mail: hartmann@serviceconsult.de

Der OV trifft sich idR. jeden 1. Dienstag im Monat  
in der Gaststätte Sakristei, Gabl. Hauptstr. 84, 20.00 Uhr

### Sillenbuch

OV-Sprecher: Karsten Hoffmann  
Gorch-Fock-Str. 1, 70619 Stuttgart  
Telefon 0711-472626, Fax 4792628  
mail: KHoffmann@hitpm.de

Der OV trifft sich idR jeden 1. Dienstag im Monat  
um 20.00 Uhr in S-Heumaden in der Gaststätte Hochholz-  
grill, Hochholzweg 1 (Termine in den Schulferien erfra-  
gen)

### Süd

OV-Sprecher: Peter Pätzold  
Cottastr. 49, 70180 Stuttgart  
Telefon 0711-6406442  
mail: ov.stuttgart-sued@gruene.de

Der OV trifft sich in den ungeraden Monaten am ersten  
Mittwoch um 20.00 Uhr im „Café Stella“, Hauptstätter Straße 57.  
Der Septembertermin fällt wegen Sommerferien aus.

### Vaihingen

OV-Sprecher: Dr. Roland Barthel  
Brühlstraße 2, 70563 Stuttgart  
Telefon 0711-8825826  
mail: roland.barthel@iws.uni-stuttgart.de  
Der OV trifft sich im MÜZE (Mütterzen-  
trum), Ernst-Kachel-Str. 5, S-Vaihingen.

### Wangen-Hedelfingen

OV-Sprecherin: Barbara Stock-Edinger  
In den Stubenweibern 2; 70327 S  
Telefon 0711-4516399  
mail: barbara-edinger@gmx.de

### Weilimdorf

OV-Sprecherin: Annette Schäfer  
Molchweg 63, 70499 Stuttgart,  
Telefon 0711-861814  
Annette.Schaefer@gruene-stuttgart.de

Termine und Ort der Treffen bitte bei der Sprecherin  
erfragen.

### West

OV-Sprecher: Jan Sieckmann  
Telefon 0711-6209859  
mail: Jan.Sieckmann@web.de

Ruth Schuhbauer  
Augustenstr. 123, 70197 Stuttgart  
Telefon 0711-6159805  
mail: ruthschuhbauer@t-online.de

BZB-Sprecherinnen: Margit Riedinger  
Zeppelinstraße 47, 70193 Stuttgart  
Telefon 0711-2166578  
mail: margit.riedinger@astuttgart.de

Uschi Preuthen  
Rötestraße 49, 70197 Stuttgart  
Telefon 0711-611215  
mail: preuthen@aol.com

Der OV trifft sich idR. immer vor den Kreismitgliederver-  
sammlungen, 19:00-19:45h, im „Merlin“, Augustenstr. 72

### Zuffenhausen

OV-Sprecher: Emeran Onana  
Rotweg 173, 70437 Stuttgart  
Telefon 0711-1201795  
emeran@arcor.de

Termine und Ort der Treffen bitte beim Sprecher erfragen.

Kontakt zu den Grünen in den nicht aufgeführten Stadt-  
teilen über die Kreisgeschäftsstelle,  
Telefon: 6159501, E-Mail: buero.kv.stuttgart@gruene.de

# Kontakte & Adressen

## Infos zu Stadt-, Landes-, Bundes- und Europaebene

### Kreisverband Stuttgart

**Büro** BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Kreisverband Stuttgart,  
Hermannstr. 5a, 70178 Stuttgart  
Telefon 0711-6159501  
Fax 0711-6159503  
info@gruene-stuttgart.de  
www.gruene.de/stuttgart  
Bank: Konto-Nr.: 365674001  
Stuttgarter Volksbank (60090100)

**Anna Deparnay-Grunenberg  
(Kreisgeschäftsführerin)  
Bürosprechzeiten:**

Montag, Dienstag, Freitag: 8:30-13:30 Uhr  
Donnerstag 14-20 Uhr

**Irmela Neipp-Gereke** (Kreisvorsitzende)  
Birkendörfle 16, 70191 Stuttgart  
Telefon 0711-251104  
Fax 0711-251114  
irmela.neipp-gereke@gruene-stuttgart.de

**Andrea Lindlohr** (Kreisvorsitzende)  
Ludwigstr. 3, 70176 Stuttgart  
Telefon 0711-6743396  
andrea.lindlohr@gruene-stuttgart.de

**Martin Steeb** (Kreisschatzmeister)  
Burgstallstraße 17, 70199 Stuttgart  
Telefon 0711-2163604  
martin.steeb@gruene-stuttgart.de

### Wahlkreisbüro

**Büro** **Biggi Bender**  
Sandra Weber (Mitarbeiterin)  
Hermannstr. 5 A, 70178 Stuttgart  
Telefon 0711-26346177  
Fax 0711-6151725  
biggi.bender@wk.bundestag.de  
www.biggi-bender.de

### Gemeinderatsfraktion Stuttgart

**Büro** BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
IM GEMEINDERAT STGT.  
Rathaus Zimmer 8  
Marktplatz 1, 70173 Stuttgart  
  
Telefon 0711-216-3604  
Fax 0711-216-5682  
gruene.fraktion@stuttgart.de  
www.stuttgart.de/gruene

**Muhterem Aras** (Fraktionsvorsitzende)  
**Werner Wölfle** (Fraktionsvorsitzender)

**Martin Steeb** (Fraktionsgeschäftsführer)

### Regionalfraktion

**Büro** BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
REGIONALFRAKTION  
Kronenstr. 25, 70174 Stuttgart  
Geschäftsstelle  
Telefon 0711-2263-010  
Fax 0711-2262-320

**Elisabeth Häußer-Nebel** (Geschäftsführerin)

### Landtagsfraktion

**Büro** BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
im Landtag von Baden-Württemberg  
Konrad-Adenauer-Str. 3, 70173 Stuttgart  
Telefon 0711-2063-683  
Fax 0711-2063-660  
post@gruene.landtag-bw.de  
http://bawue.gruene-fraktion.de

**Brigitte Lösch**  
Telefon 0711-2063-677  
**Werner Wölfle**  
Telefon 0711-2063-652

**Hedi Christian** (Geschäftsführerin)  
Telefon 0711-2063-681  
hedi.christian@gruene.landtag-bw.de

### Landesgeschäftsstelle

**Büro** BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Forststr. 93, 70176 Stuttgart  
Telefon 0711-99359-0  
Fax 0711-99359-99  
Landesverband@gruene-bw.de  
www.gruene-bw.de

### Landesvorstand

**Petra Selg** (Landesvorsitzende)  
**Daniel Mouratidis** (Landesvorsitzender)  
Telefon 0711-99359-0  
**Harald Dolderer** (Landesschatzmeister)  
Telefon 07144-821560

### Bundesgeschäftsstelle

**Büro** BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Bundesgeschäftsstelle  
Platz vor dem Neuen Tor 1, 10115 Berlin  
Telefon 030-28442-110  
info@gruene.de  
www.gruene.de

### Bundestagsfraktion

**Büro** BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Bundestagsfraktion  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon 030-227-56789  
fraktion@gruene-fraktion.de  
www.gruene-fraktion.de

### Europabüro Stuttgart Heide Rühle

**Büro** **Andreas Bühler**  
Grünes Europabüro Baden-Württemberg  
Forstraße 93, 70176 Stuttgart  
Telefon 0711-9935920  
Fax: 0711-9935999  
andreas-buehler@gruene-bw.de

### Grüne Jugend Stuttgart

**Nora Dipper** (Vorsitzende)  
mail: nora@gj-stuttgart.de  
**Nico Herden** (Vorsitzender)  
nico@gj-stuttgart.de  
www.gj-stuttgart.de

## Termine & Veranstaltungen

Postvertriebsstück E 14082 – Entgelt bezahlt

- 06.02. 19:00 Uhr**  
**Mi Grüne Jugend**  
 Kreisgeschäftsstelle  
 Hermannstr. 5a, S-West  
 Kontakt: Nico Herden  
 nico@gj-stuttgart.de
- 12.02. 20:00 Uhr**  
**Di Ortsverbandstreffen der Grünen in S-Plieningen**  
 Im "Brückle"  
 Goetzstr. 35, S-Plieningen  
 Kontakt: Uli Träger  
 traeger@visuelle-gestaltungen.de
- 14.02. 19:00 Uhr**  
**Do Neumitglieder-Treffen**  
 vor der Kreismitgliederversammlung  
 Kulturzentrum Merlin  
 Augustenstraße 72, S-West  
 Kontakt: Anna Deparnay-Grunen--  
 berg (info@gruene-stuttgart.de)
- 14.02. 20:00 Uhr**  
**Do Kreismitgliederversammlung**  
 Kulturzentrum Merlin  
 Augustenstraße 72, S-West  
 Kontakt: Anna Deparnay-Grunen--  
 berg (info@gruene-stuttgart.de)
- 17.02. 16:00 Uhr**  
**So Grüne Jugend**  
**Jahreshauptversammlung**  
 Kreisgeschäftsstelle  
 Hermannstr. 5a, S-West  
 Kontakt: Nico Herden  
 nico@gj-stuttgart.de
- 19.02. 20:00 Uhr**  
**Do Ortsverbandstreffen der Grünen in Möhringen**  
 Bürgertreff  
 Oberdorfplatz 8, S-Möhringen  
 Kontakt: Nikolaus Tschenk  
 n.tschenk@web.de
- 20.02. 20:00 Uhr**  
**Mi Grünes FrauenNetz**  
 Kreisgeschäftsstelle  
 Hermannstr. 5a, S-West  
 Kontakt: Irmela Neipp-Gereke  
 irmela.neipp-gereke@gruene--  
 stuttgart.de

Bündnis 90/Die Grünen  
 KV Stuttgart · Hermannstr. 5 A · 70178 Stuttgart

- 21.02. 20:00 Uhr**  
**Do Dr. Michael Sladek:**  
**Neue Kraft aus neuen Quellen**  
 Reihe Fluchtwege  
 Rathaus, Großer Saal  
 Marktplatz 1, S-Mitte  
 Kontakt: Martin Steeb  
 martin.steeb@gruene--stuttgart.de
- 22.02. 20:00 Uhr**  
**Fr Ortsverbandstreffen der Grünen in Bad Cannstatt**  
 Cafe Zebra  
 Wilhelmstr. 10, S-Bad Cannstatt  
 Kontakt: Ulrich Schollmeier  
 ulrich.schollmeier@web.de
- 04.03. 20:00 Uhr**  
**Di Ortsverbandstreffen der Grünen in Möhringen**  
 Bürgertreff  
 Oberdorfplatz 8, S-Möhringen  
 Kontakt: Nikolaus Tschenk  
 n.tschenk@web.de
- 08.03. Internationaler Frauentag**  
**Di Ortsverbandstreffen der Grünen in Möhringen**  
 Info-Stand auf dem Schlossplatz  
 Kontakt: Irmela Neipp-Gereke  
 irmela.neipp-gereke@gruene--  
 stuttgart.de
- 11.03. Ortsverbandstreffen der**  
**Di Grünen in S-Plieningen**  
 Im "Brückle"  
 Goetzstr. 35, S-Plieningen  
 Kontakt: Uli Träger  
 traeger@visuelle-gestaltungen.de
- 17.04. Jahreshauptversammlung**